



Fakten statt Fake News

SVP-Kantonsrat Sascha Schmid will die Jugend mit mehr politischer Bildung fit machen für Demokratie und Verantwortung.

Max Tinner

St.Gallen/Buchs Die Stimm- und Wahlbeteiligungen sind oft bedenklich niedrig. Social-Media-Posts, nicht selten mit unsinnigen Behauptungen durchsetzt, offenbaren, wie wenig Vertrauen mittlerweile manche in die Institutionen haben. Der Buchser SVP-Kantonsrat Sascha Schmid will dem mit politischer Bildung entgegenwirken.

Wissen ist zentral, damit Demokratie funktioniert

Zusammen mit Ratsmitgliedern anderer Kantonsratsfraktionen reichte er der Regierung am Mittwoch eine Interpellation dazu ein. Darin erkundigen sie sich nach Lehrinhalten zu Politik an den Schulen und nach der Breitenwirkung ausserschulischer Angebote wie des Jugendparlaments oder Initiativen wie «Discuss it».

«Politische Bildung ist eine Voraussetzung für eine funktionierende

Demokratie», schreiben Schmid und seine Mitinterpellanten. Wer früh verstehe, wie politische Prozesse ablaufen, wie Entscheidungen entstünden und welche Möglichkeiten und Pflichten jede und jeder habe, könne fundierte Meinungen bilden, sachlich diskutieren und verantwortungsvoll handeln. In einer Zeit von Fake News und komplexer globaler Herausforderungen sei es umso wichtiger, dass junge Menschen lernten, Informationen kritisch zu prüfen und unter-



Sascha Schmid während der Herbstsession. Bild: bma

schiedliche Perspektiven einzu beziehen. Solches Wissen stärke das Bewusstsein für Grundwerte wie Freiheit und Rechtsstaatlichkeit und fördere den Respekt gegenüber Andersdenkenden. Dies trage zur Sicherheit im Land bei und lasse mehr Leute sich für politische Ämter oder die Übernahme von Verantwortung in Vereinen interessieren.

«Politische Bildung befähigt junge Menschen, ihre Zukunft mitzugestalten und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratische Stabilität», schreiben Sascha Schmid und die weiteren Unterzeichner des Vorstosses weiter. Die aktuelle Kinder- und Jugendpolitik-Strategie des Kantons enthalte aber keine explizite Massnahme zur Förderung politischer Bildung. Sie fragen die Regierung darum, ob sie bereit sei, solche in die Strategie aufzunehmen, und wo sie sonst noch Potenzial sähe, in die politische Bildung von Jugendlichen zu investieren.